

ULLA PLENER

Schumacher 1949–1952: Konfrontativ gegen DDR – zu Lasten der Einheit Deutschlands

Im August d. J. jährte sich zum 50. Mal der Todestag Kurt Schumachers. Wie vor sieben Jahren anlässlich seines 100. Geburtstags im Oktober 1995 wurden in den ihm gewidmeten Veranstaltungen und Publikationen vor allem zwei Seiten seines Wirkens an der Spitze der SPD nach 1945 hervorgehoben: sein prinzipieller Antikommunismus und sein Kampf als Oppositionsführer im Deutschen Bundestag um die Wiedervereinigung Deutschlands.¹

Schumachers Antikommunismus verbindet sich vor allem mit der – im Westen erfolgreichen – konsequenten Abwehr aller Einheitsbestrebungen in SPD und KPD in den ersten Nachkriegsjahren und der darauf folgenden Ablehnung jeglicher Kontakte zur SED beziehungsweise zu staatlichen Institutionen der SBZ/DDR. Das wird ihm als historisches Verdienst angerechnet: Schumacher habe damit der Freiheit den Vorrang gegenüber der Einheit (der Arbeiterbewegung und Deutschlands) eingeräumt. Kaum eingegangen wird dabei darauf, daß Schumacher die von den Westmächten im Zuge des von ihnen eingeleiteten Kalten Krieges seit 1946 betriebene Spaltung Deutschlands bis 1949 aktiv unterstützte, indem er alle Schritte zur staatlichen Konstituierung der Westzonen mittrug.²

Schumachers – gescheiterter – Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands nach 1949 in Opposition zu Adenauers Kurs auf Integration der damaligen Bundesrepublik in das westliche (unter anderem und besonders militärische) Bündnis, geführt unter der Flagge der Einheit und (das vor allem!) Gleichberechtigung Deutschlands nach dem von diesem verlorenen Zweiten Weltkrieg, wird der zentrale Punkt (Merseburger) beziehungsweise der Kern seiner Politik (Kleßmann)³ nach 1949 genannt und ausführlich, auch kritisch, behandelt. 2002 wurde dieser Kampf – die Bemühungen um die europäische Einigung im Hintergrund – vorsichtig-kritisch als »zu sehr in nationalstaatlichem Rahmen gedacht« bewertet.⁴

In der historischen Literatur und Publizistik wird eine Seite seiner Politik nach 1949 weitgehend, um nicht zu sagen völlig, ausgespart: sein konfrontativer Umgang mit der DDR als eine weitere Ursache für das Scheitern seines Ringens um die Einheit Deutschlands. Dieser Seite soll im folgenden nachgegangen werden.

Russenfeindlichkeit – Grundlage der Konfrontation gegenüber DDR
Schumachers grundsätzliche Ablehnung der SBZ und der DDR war zutiefst von seinem prinzipiellen Antikommunismus – genauer: Antisowjetismus, seit August 1945 noch präziser: nationalistisch be-

Ulla Plener – Jg. 1933;
Dr. sc. phil., Historikerin,
Berlin. Arbeiten zur
Geschichte der Sozial-
demokratie sowie biogra-
phische Forschungen, Mit-
glied der Leibniz-Sozietät.

gründeter und »politisch steriler persönlicher Verbitterung genährt(er)«⁵. Russenfeindlichkeit – bestimmt. Gründe und Erscheinungsformen für die letztere wurden von der Autorin an anderer Stelle dargestellt.⁶ Gleichwohl muß hier im Zusammenhang des Themas an einige diesbezügliche Thesen Schumachers erinnert werden.

Das Potsdamer Abkommen nannte er »eine recht peinliche alliierte Angelegenheit« »mit sehr unheiligem Inhalt«, der den (»russischen«) »Vernichtungswillen von Jalta«, den (»russischen«) »Geist des Krieges« (Haß, Rache, Blut usw. im Verhältnis zu den Deutschen) zum Ausdruck gebracht und einzig in »russischem Interesse« gelegen habe.⁷ In Wirklichkeit waren, wie zuletzt von Rolf Badstübner anhand von Dokumenten aus amerikanischen Archiven überzeugend nachgewiesen, die Inhalte dieses Abkommens mit seinem »radikal-demokratischen Konzept« in erster Linie von den USA bestimmt gewesen – die Sowjetunion hatte sich zu dessen »konsequentem Anwalt« gemacht.⁸

Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion, die bis weit in die 50er Jahre hinein noch unentschlossen und für die Option eines neutralen Gesamtdeutschland offen war⁹, stellte Schumacher als politisch, ökonomisch und militärisch aggressiv gegen Deutschland gerichtet dar. Mit politisch meinte er: Ziel sowjetischer Deutschlandpolitik sei ein einheitliches russisches Deutschland, »das heißt, ein von Deutschen bewohntes Stück Russland«, »Deutschland als russische Provinz«; solange dies nicht der Fall sei, würde die UdSSR die Einheit Deutschlands verhindern.¹⁰ Ökonomisch hieß bei ihm: materielle Ausbeutung des deutschen Volkes, »Ausplünderung« Ostdeutschlands durch Reparationen, »Vernichtungspolitik« der russischen Demontagen.¹¹ Militärisch unterstellte er der UdSSR Kriegsvorbereitung mit der Absicht eines militärischen Einmarschs der Sowjetarmee in den Westen.¹² Die Spaltung Deutschlands war nach seinen Worten das gewollte Ergebnis allein »russischer« Politik; sie sei schon 1945 »vorgenommen worden durch den politischen Egoismus und die ökonomische Raubgier der Reparationspolitik der Sowjets in ihrer Zone«.¹³

Dabei spielte bei Schumacher der verbrecherische Krieg des faschistischen Deutschland gegen die Völker Europas, besonders Osteuropas und gerade der Sowjetunion, durchgehend keine Rolle. Von einigen wenigen Redewendungen abgesehen, erinnerte er nicht an die Verbrechen, die faschistische SS und Wehrmacht – neben Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien – gerade in der Sowjetunion (in Belorußland, in der Ukraine, im eigentlichen Rußland) begangen hatten. Wenn er von der Entindustrialisierung des deutschen Ostens infolge sowjetischer Demontagen sprach, erwähnte er nicht die totale Zerstörung riesiger Gebiete in der Sowjetunion durch die deutsche Kriegführung.¹⁴ Wenn er gegenüber den Besatzungsmächten den Hunger in Deutschland anprangerte, kam ihm nicht in den Sinn, daß »die Russen« (also Belorussen, Ukrainer, Russen und viele andere) zu dieser Zeit genauso hungerten.

Den Zweiten Weltkrieg behandelte Schumacher ausschließlich im Zusammenhang der Folgen für die Deutschen – von den Folgen deutscher Verbrechen an anderen Völkern sprach und schrieb er nicht, kaum daß er sie erwähnte. Noch am 1. August 1952 schrieb er:

»Er (Schumacher) teilte mit der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie die Dämonisierung Rußlands und später der Sowjetunion. Sie läßt sich historisch erklären, war aber überdimensionalisiert. Gegenüber der Warnung vor ideologisch (sic!) begründetem Expansionismus der Sowjetunion findet sich bei Schumacher erstaunlich wenig Verständnis für legitime Sicherheitsinteressen dieses Staates, der wie kein anderer (sic!) unter deutscher Expansion gelitten und die Hauptlast des Krieges getragen hatte.« (Christoph Kleßmann im Oktober 1995 in: »Neubau«, S. 128).

Das deutsche Volk müsse »seine Notwendigkeiten gegenüber dem Vergeltungswillen der einst von der Hitlerdiktatur überfallenen Nationen behaupten«.¹⁵ Gelegentlich sprach er lediglich von deutschen »Sünden«: Das deutsche Volk lehne es ab, »Reparation zu sein für die Sünden der Vergangenheit«¹⁶; oder: »Unser Volk – es mag in der Vergangenheit geschehen sein, was da will (es waren Massenmord, Totschlag, Plünderungen, verbrannte Erde, verübt von Deutschen in anderen Ländern! – U. Pl.) –, ist nicht weniger wertvoll« als andere Völker usw.¹⁷ Wie andere deutsche Politiker verdrängte er die Verbrechen der Deutschen an europäischen Völkern ebenso wie ihre Mitschuld am eigenen Elend nach diesem verheerendsten aller Kriege aus dem Bewußtsein der Deutschen und schob die Verantwortung für das letztere den »Russen« (und den Kommunisten als deren Handlanger) zu. So auch die Zweiteilung Deutschlands.¹⁸

Nach dem Bekanntwerden der Potsdamer Beschlüsse im August 1945 richtete Schumacher seinen politischen Hauptstoß öffentlich nicht mehr (wie etwa noch im Mai und Juli 1945) gegen das deutsche Monopolkapital als verantwortlich für den Machtantritt der Nazis 1933 und nicht mehr gegen die Nazis als verantwortlich für das Nachkriegselend der Deutschen, sondern gegen die »Russen« und die Kommunisten. Schumacher dachte, damit die Stimmung der Deutschen zu treffen: Die SPD sollte – das hatte er aus dem Untergang der Weimarer Republik geschlußfolgert – als die nationale deutsche Partei profiliert werden und so die Mehrheit der Wähler gewinnen.

Hier ist die Antwort auf die in Diskussionen anlässlich der beiden letzten Schumacher-Jubiläen – so auch am 26. Juni 2002¹⁹ – aufgeworfene Frage zu finden, warum die SPD in den ersten Jahrzehnten nach 1945 nicht ihren Widerstand gegen die Nazis artikuliert hatte: Es war in Schumachers Verständnis gegenüber der Masse der Westdeutschen, um deren Wählerstimmen er gerungen hatte, schlicht »nicht opportun«, an den Widerstand gegen das von der Mehrheit der Deutschen mitgetragene Nazi-Regime zu erinnern! Kein Zufall auch, daß Schumacher seine Kritik an deutschen Verbrechen – auch das Verbrechen an den Juden – seit August 1945 kaum in ganzen Sätzen äußerte, sie eher in Halbsätzen ansprach, diese meistens mit einem »aber« verband und das größtenteils nicht öffentlich beziehungsweise nicht in deutschen Massenmedien.²⁰

Die DDR – »die völlige Entdeutschung der Politik«

Nach Gründung der DDR 1949 steigerte Schumacher seine antirussische nationalistische Propaganda noch. Er stellte sich in die vorderste Frontlinie des Kalten Krieges in Deutschland, und das bestimmte seinen Umgang mit der DDR.

Die SBZ (bei dieser Bezeichnung blieb er konsequent auch nach 1949 und trug maßgebend dazu bei, sie im Bewußtsein der Westdeutschen zu verfestigen) bezeichnete und behandelte Schumacher nie anders als »Funktion aggressiver sowjetischer Außenpolitik«.²¹ In westdeutschen Massenmedien und von der Bundestagtribüne herab nannte er die DDR »kommunistisch okkupierte Zone«, »Staatssurrogat«, »Überstaat«, »Polizeistaat des Terrors«, »gefährlich antidemokratischen Polizeistaat der sogenannten DDR«.²² Die

Susanne Miller zur Frage, »warum Kurt Schumacher auch bei Sozialdemokraten im Ausland so wenig Resonanz fand«: »Es waren Deutsche, die Europa in ein Trümmerfeld verwandelt und Auschwitz geschaffen haben. Und Schumacher war Deutscher.« – Er habe nicht nur für das Überleben der Deutschen gekämpft, sondern auch »für die Gleichberechtigung Deutschlands nicht nur mit Blick auf eine ferne Zukunft. Seine Politik war davon bestimmt, die Deutschen möglichst an allen großen internationalen Entscheidungen als Gleichberechtigte zu beteiligen. Dies war angesichts der Verbrechen, die Deutsche begangen hatten, für viele unverständlich und ist es jetzt auch für mich. Ich betone ausdrücklich, daß dies meine heutige Meinung ist. Als Schumacher diese Politik vertrat, war es für mich wie für viele andere selbstverständlich, an die moralische Berechtigung (Schumachers als aktiven Antifaschisten und von Nazis Geschundenen – U. Pl.) zu glauben. Heute bezweifle ich ihre politische Richtigkeit. Wenn Schumacher im Ausland war oder im Rundfunk Reden an ausländische Zuhörer richtete, erwartete man von ihm als

Kommunisten beziehungsweise SED-Mitglieder hießen bei ihm »Gesinnungsrussen, deren Deutschtum (!) eine bloße Äußerlichkeit« sei, »deutsche Sklaven der russischen Besatzungsmacht«, »deutsche Staatsbürger russischen Glaubens«, »nachgemachte Sowjetpatrioten«, »russenhörige Quislinge«.²³

SED, DDR-Regierung und ihre Repräsentanten bezeichnete er als »Vertreter des nationalen Verzichts und Verrats«.²⁴

Letzteres bezog sich ganz besonders auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die zwischen den Regierungen der DDR und Polens im Vertrag vom 27. Januar 1951 besiegelt worden war. Dazu Schumacher im Bundestag am 30. Januar 1951: Da habe »die Pankower Verwaltung durch ihren sogenannten Außenminister, den Ost-CDU-Satelliten Dertinger, wiederum ihren Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder und Neiße ausgesprochen und vertraglich ratifiziert«; da hätten »die Führung der SEP und ihre CDU- und LDP-Anhängsel deutschen Boden verschenkt und das deutschen Menschen zugefügte Unrecht zur eigenen Politik gemacht, die man dann deutsch nennt«; da ging es um »Aufgabe des deutschen Ostens«, um »Preisgabe der Ostgebiete«.²⁵

Wollte Schumacher – wie die Revanchistenverbände – nachträglich die Ergebnisse des Krieges revidieren?²⁶

Nationalistisch gewendet äußerte sich Schumacher auch, wenn er auf die deutschen Kriegsgefangenen und die – alliierten Beschlüssen entsprechende – Aussiedlung von Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei zu sprechen kam. So in der oben zitierten Rede am 17. August 1951: Während die »herrschende Clique in der Sowjetzone« es sich gut gehen ließe, seien von ihr »die Armen und Bedürftigen vom ersten Tage kommunistischer Regierungstätigkeit« an im Stich gelassen worden; es sei »eine unabwägbare Schande der Menschlichkeit«, daß die Regierung »der sogenannten DDR... im Interesse der Sklavenhalter, die die Unglücklichen zurückhielten (also die SU! – U. Pl.), alles getan hat, um die Kriegsgefangenen zu verdächtigen« (dabei seien doch »die deutschen Soldaten auch dieses Krieges... nicht Träger, sondern Opfer des Faschismus« gewesen). Das gleiche gelte für die Ausgesiedelten: Die »Phrasen der Kommunisten« seien »doch nichts anderes als eine Entschuldigung für die Ausplünderung und Verjagung der 14 Millionen armer Teufel aus den deutschen Ostgebieten und den Gebieten des Volksdeutschtums (!). Wer Antifaschist ist und wer Deutscher ist, kann nicht den Sowjetfaschismus (!) gegen das eigene deutsche Volk und gegen die armen Leute tolerieren.«²⁷

Die Deutschen sollten sich »auch juristisch auseinandersetzen« mit Leuten, die »Deutschland im Stich gelassen« hätten, »um Russland zu dienen«²⁸. Die nationalen Losungen der SED beziehungsweise der DDR-Regierung bezeichnete Schumacher als »Nationalbolschewismus« und als »nationale Parolen aus der Mottenkiste des deutschen Nationalismus«, ja, des deutschen Faschismus (so im Zitat oben, die Kommunisten kämen dem Volk »hitlerisch«).²⁹

Mit dieser Art Argumenten lehnte Schumacher bis in den Herbst 1951 hinein alle Angebote der DDR – ihrer Regierung oder Volkskammer – an die Regierung der BRD oder den Bundestag, über die deutsche Wiedervereinigung zu beraten, ab. So erging es dem Brief

Deutschen ein Schuldbekenntnis.« Er habe das nicht abgeben können, da er selbst gegen die Nazis mit äußerstem Einsatz gekämpft hatte; er »identifizierte jedoch seine Situation mit der des deutschen Volkes«. Für viele im Ausland war zum Beispiel Schumachers und der SPD leidenschaftlicher Kampf gegen Demontagen unverständlich. Millers Freunde verstanden diesen »nicht als einen Mangel an Weitblick, sondern als Mangel an Bereitschaft, für die Verbrechen des deutschen Regimes nach dem verlorenen Krieg eine Reparation, eine Wiedergutmachung leisten zu wollen.« In: Nach-Denken, S. 93/94.

Schumacher in der Bundestagsrede am 9. März 1951 (als Antwort auf den Appell der Volkskammer an den Bundestag vom 2. März mit dem Vorschlag, der am 5. März in Paris beginnenden Konferenz der stellv. Außenminister der Großmächte gemeinsame Vorstellungen für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu unterbreiten): »Das Hauptziel dieses Friedensvertrages wäre, die deutsche Zustimmung zur Oder-Neiße-Linie als der endgültigen Grenze zu erlangen. (Sehr wahr! rechts) Zur gleichen Zeit, in der man hier wilhelminisch, hitlerisch (!) und in anderen Sprachen des Nationalismus unserem Volk propagandistisch kommt, verhandelt der sogenannte Ministerpräsident von Pankow mit Polen! Dieser Monat März ist der Monat der deutsch-polnischen Freundschaft. (Zuruf von der KPD: Gott sei Dank! – Zuruf von rechts: Pfui Teufel!) Wir wollen die Freundschaft mit dem polnischen Volk, aber

nicht um den Preis des deutschen Selbstmords. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)« (Albrecht, S. 934).

»Will Herr Schumacher aus Westpreußen damit den Offensivkrieg...?« Behauptungen von CDU-Leitartiklern, »er beschwöre mit seiner Art des Argumentierens die Gefahr geradezu herauf, als ein Fürsprecher eines neuen Angriffsfeldzugs gen Osten mißverstanden zu werden«, störten ihn nicht. – »Über solche »väterlich erhobenen, tintenblecktesten Zeigefinger« macht er sich lustig ...« (Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche, S. 479.)

Schumacher über Polen in einer Rede am 4. September 1946, ebenfalls im Zusammenhang mit der Oder-Neiße-Grenze, die »nationalpolitisch und ernährungspolitisch eine Unmöglichkeit« sei: »Dieses verwüstete Niemandsland (von wem verwüstet! – U. Pl.), auf dem kein Halm und keine Ähre wächst, das die Polen weder völkisch (!), noch politisch, noch organisch (?) auszugestalten in der Lage sind, ist das Terrain, um das wir kämpfen ...« (Albrecht, S. 473).

Über 600 000 Tschechen, vor allem junge Menschen, mußten zum Arbeitseinsatz nach Deutschland. Die materiellen Schäden der tschechischen Wirtschaft beliefen sich bis Kriegsende auf rund 347,5 Milliarden Kronen. In der Zeit der nationalen Unterdrückung, des Terrors und der Rassenverfolgung sind circa 340 000 tschechische Bürger gestorben. (Georg Rudolf Buberl: Ungezählte Opfer Hitlers, in: *Neues Deutschland*, 15. August 2002).

Otto Grotewohls vom 30. November 1950, den Schumacher ein in Moskau geschriebenes »russisches Dokument« nannte³⁰; ebenso dem Appell der Volkskammer vom 30. Januar 1951 an den Bundestag mit dem Vorschlag zur Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates zur Verständigung über Friedenssicherung und Wiedervereinigung: »Die Fülle der Versprechungen, Andeutungen und Gaukeleien« helfe »nicht darüber hinweg, daß alles als Betrug gemeint ist«³¹. Zum oben erwähnten Appell der Volkskammer vom 2. März 1951 sagte er am 9. März 1951 im Bundestag: Die sowjetische Politik versuche jetzt, »entgegen der Tatsache, daß sie die Deutschen als bloßes Material handhabt, bei denselben Deutschen das Gefühl zu erzeugen, als ob sie ein selbständiges, nach eigenem Willen handelndes, souveränes Subjekt seien. Tatsächlich ist die Ostzonenverwaltung nur der Bestandteil eines Satellitensystems, in dem es nur einen Willen gibt, nämlich den Willen des zentralen Auftraggebers und Herrschers, der Sowjetunion. (Sehr richtig! bei der SPD und rechts) Das System von Pankow ist die völlige Entdeuschung und die völlige Sowjetisierung der Politik. (Beifall bei der SPD, in der Mitte und rechts) Die angebliche deutsche Initiative aus dem Osten für die Einheit ist Bestandteil der nationalrussischen Außenpolitik. (Zuruf rechts: Ausgezeichnet!)«³² Der Appell sei ein »politischer und propagandistischer Angriff der Totalitären«.³³

War der Weg zur Einheit Deutschlands so zu ebnen? Nur das Gegenteil konnte der Fall sein.

Erst der Volkskammer-Appell vom 15. September 1951 (er enthielt den Vorschlag, freie, gleiche und geheime Wahlen – von Schumacher seit langem gefordert – zu einer Nationalversammlung durchzuführen, die den Weg zur Einheit Deutschlands und den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages erörtern sollte) wurde von ihm nicht sofort abgelehnt. Jedoch formulierte er sogleich eine Menge Vorbedingungen und erklärte zum Friedensvertrag, sein Ziel sei die »Schaffung Sowjetdeutschlands«.³⁴ In einer vom RIAS am 23. Dezember 1951 gesendeten Rede von ihm nannte Schumacher die »in den internen Kreisen der SEP und der anderen prosovietischen Satellitenparteien Mitteldeutschlands« vorgeschlagenen gesamtdeutschen Schritte »Versuche zur Überlistung und Übertölpelung der Demokraten durch die Totalitären«.³⁵

Dieser Art Aussagen füllen viele Seiten in Schumachers öffentlichen Reden und Schriften. Niemals sprach er in einer solchen Weise von der Nazipolitik und -praxis. Mehr noch. Während er jegliche Gespräche mit Vertretern der DDR strikt ablehnte, traf er sich seit Juni 1950 mit früheren Generälen der Wehrmacht und besprach mit diesen »sein strategisches Konzept der offensiven Abwehr eines eventuellen sowjetischen Angriffs«.³⁶ Ab Frühjahr 1951 gab es regelmäßige Konferenzen zwischen Repräsentanten der SPD und ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, an denen Schumacher aktiv teilnahm. Seine Verbindungen zur Labour Party nutzend, setzte er sich (mit Erfolg) für die Begnadigung des von einem britischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen zu 21 Jahren Haft verurteilten Generalfeldmarschalls von Kesselring ein, der Hitler bis zum Schluß treu gedient hatte.³⁷ Und: Im Herbst 1951 führte Schumacher Gespräche mit hohen Offizieren der Waffen-SS, darunter SS-Brigade-

führer (später Generalmajor der Waffen-SS) Otto Kumm, der an der Spitze von SS- und Waffen-SS-Einheiten in Holland, Polen, Jugoslawien und der Sowjetunion Einsätze führte und dafür hochdekoriert wurde.³⁸

Schumacher ging es dabei um die Aussöhnung mit diesen Nazis (und den von diesen geführten Hunderttausenden Waffen-SS-Angehörigen), die er für notwendig und möglich hielt. Im Unterschied zu Verbrechern an der Spitze der Waffen-SS vom Schlage eines Kumm waren Kommunisten und SED-Führer für ihn nicht gesprächswürdig.

Erst fünf Wochen vor seinem Tode, am 15. Juli 1952, sprach Schumacher sich im RIAS in einer an die DDR-Bevölkerung gerichteten Rede – unter Berufung auf »unsere Informationen aus der sowjetischen Besatzungszone« – für Verhandlungen statt militärischer Drohungen aus und zitierte eine von den »zahlreichen Stimmen aus der Zone«: »Mit Verhandlungen kann man fast alles, mit Drohungen nichts erreichen!«³⁹ Dachte er bis dahin im Ernst, zu seinem Ziel – der Einheit Deutschlands mit Ablehnung jeglicher Gespräche, mit Diffamierungen, die seinen Umgang mit der DDR und ihren Repräsentanten prägten, und an der Sowjetunion vorbei – zu kommen?

Gegen DDR als Staat und Gesellschaft

Von der absoluten Russenfeindlichkeit beherrscht, lehnte Schumacher in den Jahren 1945-1949 die in der SBZ – in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen (und Schumachers eigenem Programm für die Nachkriegszeit!⁴⁰) – unter der Ägide der Besatzungsmacht vollzogene tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltung (Bodenreform, Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und Überführung deren Eigentums in öffentliches beziehungsweise Staatseigentum) ab. Die hier – im Unterschied zu den Westzonen – erfolgte tatsächliche Entnazifizierung der Verwaltungen, der Polizei, der Justiz, der Schulen und Hochschulen nahm er nicht zur Kenntnis.

Die DDR-Regierung bezeichnete Schumacher nicht anders als »Pankower Verwaltung« oder »sowjetzonale Verwaltungsorgane«⁴¹, ihre Repräsentanten – stets nur als »sogenannte«; der Oberbürgermeister der DDR-Hauptstadt hieß bei ihm »Leiter der Verwaltung des Ostberliner Sektors«⁴²; im RIAS sprach er im August 1951 von »Zuständen« unter »der herrschenden Horde in der Zone«⁴³ – die Reihe seiner Etiketten dieser Art könnte noch fortgesetzt werden.

Schumacher war mit seiner Kritik an der DDR dort im Recht, wo er das politische, der Sowjetunion nachgebildete System der DDR geißelte. Das schlug sich zum Beispiel im Wahlsystem zu Vertretungskörperschaften, von der Gemeinde bis zur Volkskammer, nieder, das – auf der Grundlage der vom »demokratischen Block« der Parteien und gesellschaftlichen Organisationen vereinbarten Listen – dem Bürger praktisch, außer dem Ja oder Nein, keine Wahlmöglichkeit bot und frühzeitig zur unumschränkten Herrschaft der SED, der »führenden Partei des Blocks«, ausgeartet war. Schumacher nannte diese Art Wahlen (so zur Volkskammer am 15. Oktober 1950) einen »Gewaltakt des Terrors« und die aus ihnen hervorgegangenen Vertretungen wie die Volkskammer illegitim.⁴⁴ Vor allem zeigte sich das Undemokratische des politischen Systems in der praktisch gren-

»Möglicherweise war die Einheit Deutschlands in den späten 40er und frühen 50er Jahren unter demokratischen Vorzeichen überhaupt nicht zu erreichen. In keinem Fall war sie denkbar, ohne die Interessen der Sowjetunion nüchtern in Rechnung zu stellen. Erst ganz zu Ende seines Lebens scheint Schumacher klar geworden zu sein, daß weder der demokratische Sozialismus als unabhängige Formation noch die sogenannte Weltdemokratie mit der Sozialdemokratie als linkem Flügel die Sowjetunion würde aus Deutschland verdrängen können, daß also irgendein Arrangement unvermeidlich sein würde.« (Peter Brandt: Demokratischer Sozialismus – Deutsche Einheit – Europäische Friedensordnung. Kurt Schumacher in der Nachkriegspolitik (1945-1952), in: »Neubau«, S. 54.)

»Wir müssen die Notwendigkeit der Demokratie für das kulturelle, wirtschaftliche und staatliche Zusammenleben in dem permanenten Stadium der politischen und seelischen Aggression gegenüber der Ostzone und den Satellitenstaaten Sowjetrußlands erhalten« (K. Schumacher in einer Rede vor SPD-Gremien am 17. 9. 1950 in Stuttgart, in: Albrecht, S. 846/847.)

zenlosen Macht staatlicher Gewaltorgane (Polizei, Justiz, Staatsicherheit) gegenüber dem einzelnen Staatsbürger, also in der weitgehenden Negation der individuellen demokratischen Rechte der Persönlichkeit. Diese waren in der Verfassung proklamiert, wurden aber in der Praxis vielfach gröblichst mißachtet.⁴⁵ Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung unterlagen Steuerungen und Kontrollen durch den Parteiapparat der SED. Zu Schumachers Zeit standen dafür nicht zuletzt die Waldheimer Prozesse 1950 gegen die von der Besatzungsmacht an die deutschen Organe übergebenen Nazi- und Kriegsverbrecher. Hier wurden die rechtsstaatlich gebotenen Verfahrensprinzipien verletzt, erfolgten Eingriffe der SED-Führung in die richterliche Unabhängigkeit, womit klar gegen die DDR-Verfassung von 1949 verstoßen wurde.⁴⁶ Schumacher war – selbst ein aktiver Antifaschist – zu einer differenzierten Sicht auf diese gegen Nazi- und Kriegsverbrecher durchgeführten Prozesse, in denen nicht wenige Nazi-Opfer als Richter fungierten, nicht fähig: Er nannte sie pauschal eine Schande – »wie Volksgerichtshof des Herren Freisler«⁴⁷, der ja Nazi-Gegner gerichtet hatte.

Ließ sich aber das undemokratische politische System in der DDR auf einen »Polizeistaat des Terrors« reduzieren? War es ein System, in dem »die Menschen verreck(t)en«?⁴⁸ Wohl kaum. Tatsache ist und bleibt: Gerade die Jahre um 1949 waren – trotz der undemokratischen Praktiken – von einem bis dahin beispiellosen Aufbruch gekennzeichnet, der demokratische Initiativen in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgelöst – nicht zuletzt durch die demokratische Schulreform unzähligen Kindern und Jugendlichen aus dem Arbeiter- und dem Bauernstand die Tore zu höherer Bildung und Kultur aufgestoßen – hatte.⁴⁹ Und wie schon gesagt: Alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche waren hier – im Unterschied zu den Westzonen – gründlich und auf Dauer entnazifiziert, der Antifaschismus nicht lediglich »verordnet«, sondern im Staats- und Gesellschaftsbau weitgehend materialisiert.

Die in der DDR erlassenen Gesetze haben DDR-Rechtshistoriker inzwischen kritisch beurteilt und deren Defizite benannt. Sie verweisen zugleich auf deren humanistische und antifaschistische Diktion und auf die soziale Dimension von Gesetzgebung und Rechtsprechung, die sie positiv von den zur gleichen Zeit in der BRD geschaffenen und praktizierten unterschieden.⁵⁰

Für Schumacher waren dagegen alle Gesetze in der DDR lediglich Terrorgesetze.

Ebenso ablehnend und undifferenziert stand Schumacher der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der DDR und ihren sozialökonomischen Grundlagen gegenüber, die er im einzelnen nie analysierte, sondern immer nur generell verwarf. Es ging bei ihm stets um »gequälte und geknechtete Deutsche (in) der SBZ«, um »versklavte Menschen im Osten«, um deren »Ausbeutung und Helotendasein«.⁵¹

Wie schon erwähnt, fanden weder die 1945 in der SBZ durchgeführte Bodenreform noch die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher auf der Basis des im Juni 1946 in Sachsen durchgeführten Volksentscheids Schumachers Zustimmung.

1926 hatte er sich als politischer Redakteur der Stuttgarter *Schwäbischen Tagwacht* für die entschädigungslose Enteignung der

»Die offenkundigen Untaten dieses Staates und seiner mit ihm zugrunde gegangenen Lenker können die vielen Hoffnungen, Leistungen, Ausdrucksformen eines demokratischen Gemeinwillens nicht ungeschehen machen. Jahrelang wurde... im Volke, nämlich (von) den realen Arbeitern, Bauern und ihren Kindern, den neuen Studenten eines neuen Schul- und Hochschulwesens, nach den moralischen Prinzipien des kategorischen Imperativs von Immanuel Kant im Wortsinne »gearbeitet«. Der einzelne handelte so, daß seine Tätigkeit gleichgerichtet war den Wünschen und Hoffnungen auf ein besseres und neu strukturiertes Gemeinwesen. Demokratisch und antifaschistisch ... Das war eine Denkwirklichkeit, nicht bloß eine Vokabel ... Das Wort vom Antifaschismus ... meinte eine Realität, die viele in diesem neuen Staat kannten und herbeiwünschten.« (Hans Mayer: Der Turm von Babel, Frankfurt am Main 1993, S. 16).

Fürsten stark gemacht, indem er unter anderem nachgewiesen hatte, daß deren Ländereien vor Jahrhunderten den Bauern geraubt worden waren.⁵² 1945/1946 forderte er folgerichtig eine radikale demokratische Bodenreform. In den Westzonen war es dazu aufgrund der Politik der Besatzungsmächte nicht gekommen. Die in der SBZ, wo die meisten Großländereien konzentriert waren, schon im Herbst 1945 durchgeführte Bodenreform hieß im SPD-Sprachgebrauch »sogenannte Bodenreform in der Ostzone«, ihre Ergebnisse wurden von SPD-Gremien (wenn auch nicht in der gesamten Partei) negativ bewertet.⁵³

1945/1946 wie auch nach Konstituierung der BRD 1949 forderten Schumacher und die SPD die Sozialisierung, d. h. Überführung der Grundstoffindustrien und Großbanken, deren Eigentümer Hitler zur Macht gebracht und am Krieg profitiert hatten, in (öffentliches) Gemeineigentum. Entsprechende, von der SPD initiierte und von einigen Landtagen (in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein) – mit den Stimmen der darin vertretenen Kommunisten – angenommene Gesetze wurden ebenfalls von den Besatzungsbehörden nicht zugelassen – wie auch der in einer Volksabstimmung bestätigte Sozialisierungsartikel der Hessischen Landesverfassung. Aber den sächsischen Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, obwohl – wie der Bodenreform für die Landwirtschaft – »tiefgreifende Besitz- und Strukturveränderungen in der Industrie« bescheinigt⁵⁴, lehnten Schumacher und die SPD wiederum ab, weil er »verfassungsrechtlich nicht legitimiert« (also nicht von einem Parlament, sondern auf dem Wege der »direkten Demokratie«, eben eines Volksentscheids, zustandegebracht!) gewesen sei.

Im Vorwort zum Aktionsprogramm der SPD 1952, datiert mit 28. Juli 1952, lehnte Schumacher (im Namen der »deutschen Arbeiterklasse«) es ab, »die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten« (was er selbst konkret darunter verstand, hatte er niemals plausibel erklärt).⁵⁵ Konkret zur DDR-Wirtschaftsgestaltung äußerte er sich, soweit feststellbar, nur im Zusammenhang der 1951 anstelle der betrieblichen Tarifverträge eingeführten Kollektivverträge, und er bezeichnete sie ohne jeglichen konkreten Nachweis als »das Schauerlichste und Verbrecherischste«, als »Entrechtung der arbeitenden Menschen im Produktionsprozeß und einen unvorstellbaren Grad der Ausbeutung«.⁵⁶

In dem zitierten Vorwort erklärte Schumacher zugleich (dem Zusammenhang nach dachte er dabei an das wiedervereinigte Deutschland), die deutsche Arbeiterklasse lehne »aber mit der gleichen Entschiedenheit (wie die Wirtschaftsgestaltung in der DDR) eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab«! Gründete »die Wirtschaftsgestaltung« in der DDR also doch – wie er es zu derselben Zeit für die BRD gefordert hatte – auf nichtprivatem Großeigentum und auf nichtkapitalistischen Verhältnissen? Das hatte zu neuen, nicht am Profit orientierten sozialen Inhalten geführt (wenn auch – im Endergebnis – nicht zu einer wirklich emanzipatorischen Vergesellschaftung, was an dieser Stelle nicht diskutiert werden soll) – für Schumacher, der die ausschließliche Profitorientierung im Westen Deutschlands beklagte⁵⁷, nur der agitatorischen Diffamierung wert.

»Im übrigen hält die überwiegende Zahl von Strafurteilen (in der DDR) durchaus dem Standard »bürgerlicher« Rechtsstaatlichkeit stand. Die soziale Dimension im Strafrecht der DDR, die andere deutsche Strafrechtssysteme nicht aufweisen und welche Ausdruck einer in der DDR auch immanenten humanen Sorge um andere ist, war der Versuch, die traditionellen Ausgrenzungsmechanismen des Strafrechts zu durchbrechen und auf die Verantwortung der Gesellschaft für die Rechtsbrecher abzustellen. Jener Ansatz basiert genauso auf dem »Gestaltungswillen« entsprechend der herrschenden Rechtskonzeption und wurde durch die soziale Utopie getragen.« (Schöneburg, Strafrecht ..., S. 181).

Mit den gesellschaftlichen Strukturveränderungen in der SBZ/DDR wurde, so Rolf Badstübner 1999, mit Erfolg der sowohl von der Antihitlerkoalition als auch dem »anderen Deutschland« (das ja gerade Schumacher vertreten hat) in großen Zügen anvisierte Weg einer radikalen gesellschaftlichen Überwindung von Nazismus und Militarismus und damit eines dritten Weges jenseits von Kapitalismus und Sozialismus beschritten, wenn er auch zugleich von stalinistischen Methoden und Denkweisen mit geprägt wurde.⁵⁸ Da war – mit Hans Mayer zu sprechen – eine andere als die westlich-kapitalistische und von Nazis durchgesetzte »deutsche Möglichkeit« angelegt.⁵⁹ Schumacher und mit ihm die SPD haben die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Praxis in der DDR, darunter der hier vollzogenen Art der Sozialisierung, unterlassen. Möglicherweise hätte es im Ergebnis einer sachlichen Diskussion darüber Veränderungen gegeben, die eher die emanzipatorischen Potentiale dieser Art Vergesellschaftung gefördert hätten als die bloße Ablehnung. Und für die Westdeutschen hätte sie vielleicht mehr Klarheit über Schumachers diesbezügliche Vorstellungen gebracht.⁶⁰

Im Endergebnis war Schumacher mit seinem Konzept der Wiedervereinigung Deutschlands gescheitert. Kleßmann, Potthoff und andere schätzen im Rückblick ein, Schumacher habe mit seiner prononciert nationalen (nationalistischen!) Agitation falsch gelegen: »Europa besaß gerade aufgrund seines vagen visionären Charakters größere Ausstrahlungskraft als die Nation«⁶¹. Es war in den Augen der Westdeutschen sicher auch eher geeignet, von der deutschen Kriegsschuld abzulenken. Der auf Antisowjetismus und Nichtanerkennung der DDR gegründete Umgang mit dem Osten war wohl ebenso ein Grund für Schumachers Scheitern. Wie schon vor 1949, »trug die rigorose und in der Taktik unflexibel gehandhabte Abgrenzung der Westzonen-SPD vom Osten Deutschlands dazu bei, die Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Fragmente zu beschleunigen«⁶² – und, so kann hinzugefügt werden, nach 1949 den Graben zwischen ihnen zu befestigen.

Der internationale und nationale Kalte Krieg – letzteren schürte Schumacher mehr als andere verantwortliche deutsche Politiker – »erwies sich als Nährboden für Fundamentalismen. Er reduzierte die abstrakt gesehen unendliche Pluralität der subjektiven Optionen auf eine bescheidene Realität... Er verringerte auch die Chancen einer an sich erforderlichen Reformpolitik innerhalb der beiden Systeme.«⁶³

Erst Willy Brandt – der »Visionär und Realist« (P. Merseburger) – brachte nach 1962 mit der Politik der Entspannung, mit der Anerkennung der DDR und Gesprächen zwischen SPD und SED die Bemühungen um die staatliche Einheit Deutschlands voran. Erst so hörte die ehemalige BRD auf, »Mündel westlicher Politik« zu sein und erlangte »außenpolitische Handlungsfähigkeit auch nach Osten«.⁶⁴

In der Veranstaltung am 1. September 1992 zum 40. Todestag von Schumacher mochte der damalige Vorsitzende der SPD Björn Engholm »Schumachers Credo der Wiedervereinigung Deutschlands« nicht gegen das seiner Nachfolger – Willy Brandt, Helmut Schmidt – ausspielen, mußte aber zugeben, »daß erst die Anerkennung der DDR die Voraussetzung schuf, daß die andere Seite sich auf eine

»Bei der historischen Ortsbestimmung muß fairerweise von einer Position ausgegangen werden, die eine östliche sozialistische und sozialstaatliche Alternative zum bürgerlich demokratischen, kapitalistischen Weststaat als historisch legitim annimmt.« (Wolfgang Benz: Die Geschichte wiederholt sich nicht. Versuch einer Ortsbestimmung, in: Heinz Ludwig Arnold/Frauke Mayer-Gosau: Die Abwicklung der DDR (Göttinger Sudelblätter), Göttingen 1992, S. 37, zitiert nach Schöneburg, Strafrecht, S. 170).

»Wenn ›Historisierung‹ und nicht kurzatmige Abrechnungspolitik die zeitgemäße Forderung im wissenschaftlichen Umgang mit der DDR-Geschichte ist, dann gibt es wenig Grund, von heute aus an Schumachers Konzeption umstandslos anzuknüpfen und seine Vorstellungen neu aufzuwerten. Die nach 1990 publizistisch geführte Debatte um die Deutschlandpolitik und die Richtigkeit der Magnettheorie... ist in meinen Augen völlig unhistorisch, verkürzt und schief.« (Christoph Kleßmann in: »Neubau«, S.129).

Politik der Zusammenarbeit und Entspannung einlassen konnte und mußte, um nicht aus der europäischen Völkerfamilie ausgeschlossen zu werden«. Erst mit Mitteln, »die nicht die Mittel Kurt Schumachers waren« (sic!), hatten seine Nachfolger einen »bedeutenden Beitrag dazu leisten können, daß die Ziele Schumachers letztlich erreicht werden konnten: ein vereinigtes Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa.«⁶⁵

Zusammengefaßt:

Nachdem Schumacher von 1946 bis 1949 – nicht anders als die Führung der SED – sich in die Front der militanten Kalten Krieger eingereiht und die vom Westen betriebene Spaltung Deutschlands voll mitgetragen, diese aber der Sowjetunion unterstellt hatte, setzte er diese Linie nach 1949 bis März 1952 fort. Von Antikommunismus und nationalistisch geprägter Russenfeindlichkeit getrieben, behandelte er die DDR ausschließlich als ein Satellitengebilde der Sowjetunion, nicht als einen zweiten deutschen Staat, diffamierte sie und lehnte alle Verhandlungen mit ihren Repräsentanten ab. Seine Konfrontation gegenüber der DDR hatte destruktive Folgen; er wirkte damit kontraproduktiv gegenüber seinem erklärten Ziel, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, er vertiefte und verfestigte damit, auch psychologisch, die Spaltung.

Vom konfrontativen Zeitalter seit dem Ersten Weltkrieg geprägt, war Schumacher durch und durch ein Politiker des Kalten Krieges und trug diesen – nicht viel anders als die Führer der SED an der Seite der Sowjetunion – in die Arbeiterbewegung. Mit seiner Kritik an der stalinistisch entarteten Sowjetunion hatte Schumacher unbedingt recht. Seine antikommunistische und antirussische Agitation war jedoch nicht geeignet, den deutschen Nationalismus zu bekämpfen. Auch wenn Schumacher in seinem Selbstverständnis kein Nationalist war – seine Forderungen und die Art ihres Vortrags trugen dazu bei, daß die Mehrheit der deutschen Kriegsgeneration ihre Mitverantwortung, ja ihre Mitschuld an den von deutscher Seite verübten Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges verdrängte, keine Reue zeigte, keine Trauarbeit leistete. Noch heute lebt diese Art des Nationalismus im anmaßenden Treiben der sogenannten Vertriebenenverbände fort.

Der militant konfrontative Stil, den Schumacher in der Politik, besonders gegenüber der Sowjetunion und den Kommunisten beziehungsweise der SED, pflegte, beförderte und verfestigte die politische und psychologische Polarisierung der zwei Lager in Europa und in Deutschland und war auch deshalb kontraproduktiv in bezug auf die Einheit Deutschlands.

Sein in der Literatur gerühmter Beitrag zum antikommunistischen Konsens in der BRD der 50er und 60er Jahre⁶⁶ wirkte ebenfalls in diese Richtung. Und wenn Deutschland heute »nicht nur in zwei politische Teilkulturen, sondern in zwei Geschichtskulturen gespalten« ist, wenn es »keinen kritischen Dialog in Deutschland (gibt) über das, was an historischer Erfahrung in den bis vor kurzem getrennten Staaten geblieben ist«⁶⁷, dann hat Schumacher mit seiner Politik zu Beginn der 50er Jahre dazu schwerwiegend beigetragen.

Soll man in der SPD heute wirklich »von Kurt Schumacher immer noch lernen, daß... der Kampf nach zwei Seiten geführt werden

muß«⁶⁸ – also auch gegen links? Soll wirklich nach seinem Vorbild der Kalte Krieg unter deutschen Linken fortgesetzt werden? Da ist wohl Willy Brandt auch in diesem Punkt das produktivere Vorbild: »Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.«⁶⁹

»Die Deutsche Demokratische Republik«, schrieb Hans Mayer, »war stets eine deutsche Wunde. Sie wird es bleiben und nicht heilen, solange man nicht erkennt, daß hier eine deutsche Möglichkeit zugrunde ging. Vielleicht gar verspielt wurde.«⁷⁰ Kurt Schumacher hatte aktiv dazu beigetragen, daß diese Möglichkeit verspielt wurde – auch mit Blick auf ein antifaschistisches und sozial gerechteres, als es die Bundesrepublik war und ist, Gesamtdeutschland.

- 1 1995: Neben verschiedenen Pressebeiträgen vgl. vor allem: Kurt Schumacher und der »Neubau« der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 13./14. Oktober 1995, hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1996 (im folgenden »Neubau«); Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 30. Oktober 1995 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Kurt Schumacher. Stiftung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 1996 (im folgenden Nach-Denken). 2002: Anlässlich des 50. Todestages gab es keine Presseartikel, auch keinen Beitrag in *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte!* Nur in der *spw*, Heft 4 (August 2002), erschien ein kurzer Beitrag von Siegfried Heimann mit Rückgriff auf die Rede Willy Brandts zu Schumachers 20. Todestag. Schumachers gedachte lediglich die Historische Kommission der SPD in einem Forum am 28. Juni in Berlin, und das in einem weitgesteckten Rahmen unter der Überschrift »Zwischen Bebel und Schröder«. In bezug auf Schumacher, der zum »Identitätsbewußtsein der SPD« gehöre, wurden folgende Themen berührt: Schumachers Kampf um die Republik und gegen die Nazis in den 20er Jahren; sein Widerstand gegen die Nazis 1933–1945; der Aufbau der Demokratie in Westdeutschland »auf allen Ebenen« und die Rolle seiner Oppositionshaltung, um diese zu sichern; Schumachers Kampf gegen die stalinistische Diktatur und die Kommunisten.
- 2 Vgl. dazu Ulla Plener: Zum Mitwirken der SPD Kurt Schumachers an der Spaltung Deutschlands 1945–1949, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), Heft 3, 1999.
- 3 Vgl. Peter Merseburger: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie, Stuttgart 1995, S. 529; Christoph Kleßmann: Wiedervereinigung und deutsche Nation – der Kern der Politik Schumachers, in: »Neubau«, S. 113 ff.
- 4 So Heinrich August Winkler in der Diskussion auf dem Forum am 28. Juni 2002.
- 5 Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982 (Neuaufgabe 1996), S. 238.
- 6 Vgl. Ulla Plener: Schumacher und die Russen. Zu seiner Art des Nationalismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 69/70 (Juli/August 1996).
- 7 In der Reihenfolge der Zitate: Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. von Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985 (im folgenden: W. Albrecht), S. 943; S. 932; Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher, hrsg. von Arno Scholz und Walther G. Oschilewski, Berlin (1953), Bd. II: Reden und Schriften (im folgenden: Turmwächter), S. 503/504.
- 8 Vgl. Rolf Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 50, 52, 97, 99f., 538.
- 9 Vgl. Ders. ebenda, S.91–120: Sowjetische Deutschland- und Besatzungspolitik im Widerspruch zwischen legitimer Umgestaltungsdiktatur und stalinistischen Praktiken, gesamtdeutscher Option und volksdemokratischer Zonenautonomie (S. 97 ff.); Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 20–27 (Die Einheit als Ziel).
- 10 In der Reihenfolge der Zitate: W. Albrecht, S. 914 (Dezember 1950); Turmwächter, S. 508, 509, 523 (August 1951); Turmwächter, S. 191 f. (Januar 1950), S. 487 f. (März 1950); Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, Frankfurt a. M. o. J. (im folgenden Protokoll Hamburg), S.70, 76, 79.
- 11 In der Reihenfolge der Zitate: Turmwächter S. 402, 494; Macht Europa stark! Referat Dr. Kurt Schumacher am 31. März 1951 in Bonn, Hannover (1951), S. 15. An einer einzigen Stelle fügte Schumacher ganz allgemein hinzu: Das möge »bis zu einem gewissen Grade erklärlich sein aus der Größe der Verwüstungen und Ausraubungen des Dritten Reiches in diesen Ländern des Ostens« (Turmwächter, S. 392/393).
- 12 Vgl. W. Albrecht, S. 828 f., 851; Turmwächter, S. 509 f.
- 13 Turmwächter, S. 508. Vgl. dagegen, dokumentarisch belegt, Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind, S. 65 ff. Im Ergebnis der sowjetischen Reparationspraxis wurde ca. ein Drittel der

- industriellen Kapazitäten in der DDR demontiert, die ostdeutsche Wirtschaft aber nicht zerstört. Vgl. dazu Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993.
- 14 Es gibt in Schumachers Reden und Schriften Aussagen, die die Frage aufkommen lassen, ob er den Krieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion als Abwehr ihrer seit 1921 vermeintlich aggressiven Absichten gegenüber Deutschland für gerechtfertigt hielt. So zum Beispiel (in einem Schreiben an Adenauer vom 6. Februar 1951): »Die sowjetische Politik gegenüber Deutschland« sei »seit drei Jahrzehnten (also seit 1921) auf seine politische Eroberung gerichtet« – ohne die Jahre 1941-1945 davon auszunehmen, sie auch nur zu erwähnen! (W. Albrecht, S. 884) Waren sie der »verdiente Gegenschlag« Deutschlands? oder: Jeder Nationalismus in Deutschland sei »antiwestlich« und »prorussisch« gewesen – die »letzten 170 Jahre der deutschen Geschichte haben auf jedem Blatt dieses großen Buches (!) eine Einzeichnung, die die Wahrheit dieser Behauptung unterstreicht.« (Turmwächter, S. 191); ja, die Sowjetunion sei »selbst schuld« an ihrem »Schicksal« nach 1941, denn sie habe »alle entscheidenden Dinge für Deutschland falsch eingeschätzt«, was dazu geführt habe, »daß Hitler an die Macht kam (!) und Sowjetrußland sein schreckliches Schicksal nach 1941 (einzig-Elbertzeit) direkt auf die Sowjetunion bezogene Stelle dieser Art bei Schumacher! selbst vorbereitet und mit heraufbeschworen hat«(!) (Turmwächter, S. 414/415).
- 15 Jahrbuch der SPD 1950/1951, Dortmund (1952), Vorwort, S. 9.
- 16 So auf einer Kundgebung in Westberlin am 17. August 1951, in: Turmwächter, S. 509; vgl. auch ebenda, S. 402/403; vgl. auch W. Albrecht, S. 1000.
- 17 Macht Europa stark! a. a. O., S. 10/11.
- 18 Die Situation Deutschlands nach 1945 als Folge seiner Kriegführung in Europa wurde auf den oben genannten Veranstaltungen aus Anlaß der Schumacher-Jubiläen praktisch ausgespart. Bernd Faulenbach sprach in Anlehnung an Peter Merseburger gar vom »geschundenen deutschen Volk« (vgl. in: »Neubau«, S. 33). Lediglich Susanne Miller drückte als Zeitzeugin ihr Unverständnis für die Haltung Schumachers angesichts der deutschen Verbrechen aus.
- 19 Unter anderem Potthoff in der Diskussion am 28. Juni 2002: Schumachers Führungsanspruch für die SPD nach 1945 habe im Mißverhältnis dazu gestanden, daß über Widerstand und Verfolgung während der Nazi-Zeit in der SPD unter Schumacher kaum gesprochen wurde – als Ausfluß des gesellschaftlichen Klimas im Nachkriegsdeutschland; 1945/1946 hätten die Widerständler in der SPD vom Widerstand noch gesprochen, seit 1948/1949 und bis in die 60er Jahre nicht mehr.
- 20 Vgl. Ulla Plener: Schumacher und die Russen. Eine seltene Ausnahme waren seine Ausführungen auf dem Hamburger Parteitag im Mai 1950 im Zusammenhang mit der notwendigen Aussöhnung mit den Juden. Vgl. Protokoll Hamburg, S. 164/165.
- 21 Vgl. Jahrbuch der SPD 1948/1949, Hannover (1950), S. 5; Protokoll Hamburg, S. 63; Dr. Kurt Schumacher: Deutschlands Forderung: Gleiches Risiko, gleiche Opfer, gleiche Chancen! Dortmund o.J. (1951), S. 8, 10, 16, 19, 20, 21/22 (Rede in Hannover im Dezember 1950).
- 22 In der Reihe der Zitate: Turmwächter, S. 190, 195, 303, 512; Albrecht, S. 952; Potthoff 1995: »Schumacher wäre nicht Schumacher gewesen, wenn er nicht seiner ganzen Verachtung für die »niederrichtigen« deutschen »Kollaborateure« der sowjetischen Führung freie Bahn gelassen hätte. Verbal waren manche Attacken vielleicht überzogen, und man muß sich auch fragen, ob es politisch immer klug war und wirklich im deutschen Interesse lag (sic!), so heftig und erbittert gegen »Annexionen« durch Sowjets und Polen, Vertreibung und brutale Ausbeutung der Deutschen in der SBZ zu protestieren. Denn machtpolitisch zu ändern vermochte er damit nichts, einer Klimaverbesserung war es wohl nicht förderlich, und auch machen im Westen erschien er eher als Störenfried und kaum berechenbares Risiko.« In: »Neubau«, S. 145.
- 23 In der Reihenfolge der Zitate: Albrecht, S. 920; Turmwächter, S. 521; Albrecht, S. 969; Jahrbuch der SPD 1950/1951, S. 241.
- 24 Albrecht, S. 918; Turmwächter, S. 508.
- 25 Albrecht, S. 918.
- 26 Infam gegenüber Polen war seine im Zuge der Diskussion um den im Rahmen der NATO zu leistenden »westdeutschen Wehrbeitrag« 1951 entwickelte »offensive Verteidigungsstrategie« für Deutschland im (willkürlich unterstellten) Fall eines von der Sowjetunion ausgehenden Krieges: Der »stählerne Schirm« (die militärische Sicherheit Deutschlands) sei realisierbar: »Eisenbahnlinien und Flugplätze in Polen müssen in wenigen Stunden zerstört sein können! So in der Sitzung des SPD-Vorstands am 7.-8. September 1951, in: Friedrich-Elbert-Stiftung (FES)/Archiv der sozialen Demokratie (AsD), Bestand Parteivorstand, Protokolle 1951.
- 27 Turmwächter, S. 504.
- 28 Albrecht, S. 936.
- 29 Für die kommunistische »geistige Ahnenreihe des Nationalbolschewismus«, des »Nationalkommunismus und... des nationalistischen Militärkommunismus« bemühte er auf dem Hamburger Parteitag der SPD im Mai 1950 sogar die »Karl-Radek-Politik« aus dem Jahr 1923, die schließlich »zum demokratischen Block der Ostzone und jetzt zur Nationalen Front der SED-Kommunisten und ihrer bürgerlichen Satelliten« geführt habe. (Vgl. Protokoll Hamburg, S. 79) Das Organ der 1948 gegründeten National-demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), National-Zeitung, das die Oder-Neiße-Grenze eine »Friedensgrenze an der Oder-Neiße«, die »heute für beide Völker zur begünstigenden Brücke geworden« sei, bezeichnete, nannte Schumacher »das Blatt des organisierten Rechtsradikalismus im Dienste Sowjetrusslands« (Albrecht, S. 935).
- 30 Albrecht, S. 915.
- 31 So am 30. Januar 1951, in: ebenda, S. 918.
- 32 Ebenda, S. 925. Kommentarlos zitiert von Winkler in der Veranstaltung in Bonn am 30. Oktober 1995 (in: Nach-Denken, S. 45).
- 33 Albrecht, S. 930.
- 34 Ebenda, S. 939.
- 35 Ebenda, S. 954.
- 36 Ebenda, S. 177.
- 37 Vgl. ebenda, S. 178.
- 38 Vgl. dazu (auch Einzelheiten zu Kumms Kriegführung in Polen, der Sowjetunion, Jugosla-

- wien) Plener: Schumacher und die Russen, a. a. O., S. 126/127.
- 39 Albrecht, S. 967.
- 40 Vgl. dazu Ulla Plener: Kurt Schumacher und die Einheitspartei 1945/1946, in: BzG, Heft 1, 1997; Dies.: Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948, in: UTOPIE kreativ, Heft 107 (September 1999).
- 41 Albrecht, S. 922, 925.
- 42 Ebenda, S. 955.
- 43 Turmwächter, S. 517 f.
- 44 Albrecht, S. 912, 931.
- 45 Vgl. dazu Hermann Klenner: Die Rechtskonzeption der SED und ihre Widerspiegelung in der Rechtsordnung der DDR, in: *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 2. Bonn/Berlin 1994; Volkmar Schöneburg: Strafrecht und Staatssozialismus, in: ebenda; Ders.: Recht und Repression in der DDR, in: UTOPIE kreativ, Heft 91/92 (Mai/Juni 1998). Schöneburg verweist darauf, daß bei den Kommunisten nach 1945 die Erfahrungen mit der Weimarer Justiz eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten (Vgl. Schöneburg in UTOPIE kreativ, S. 149, sowie in *Ansichten*, S.172).
- 46 Vgl. Hermann Klenner, a. a. O., S. 160.
- 47 Turmwächter, S. 520.
- 48 Ebenda.
- 49 Vgl. aus jüngster Zeit: Stefan Bollinger/Fritz Vilmar (Hrsg.): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer wichtigen sozialkulturellen Einrichtungen, Berlin 2002; Dies.: Die DDR war anders, Ergänzungsband, Forschungsgruppe Kritische Analyse der Vereinigungspolitik am Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin, Berlin 2002.
- 50 Vgl. Volkmar Schöneburg: Strafrecht..., a. a. O., S.171.
- 51 In der Reihenfolge der Zitate: Albrecht, S. 939; Protokoll Hamburg, S. 83; Albrecht, S. 927.
- 52 Vgl. »Historisches Recht« – historisches Unrecht! Zur Frage der Fürstenabfindung, in: *Schwäbische Tagwacht*, Stuttgart, 15. Februar 1926.
- 53 Jahrbuch der SPD 1946, o. O. o. J. (Reprint 1976), S. 47. Die Bodenreform hatte den Bauern das Land zurückgegeben und Neubauernstellen geschaffen, indem sie Landarbeiter und Ausgedelte mit Land versorgt hatte. Im SPD-Jahrbuch wurde dazu zwar festgestellt: »Unter dem Schlagwort der Agrarreform« sei »eine tiefgreifende Besitz- und Strukturveränderung« in der Agrarwirtschaft vorgenommen, »privater Großgrundbesitz... weitgehend beseitigt« worden. Aber (!): »Die mit der Enteignung des Großgrundbesitzes verbundene Parzellierung« habe »im agrarischen Sektor einen katastrophalen Niedergang der Produktion hervorgerufen«, was nicht näher erläutert wurde. Nach Vorstellungen der SPD von vor 1933 sollten anstelle von Kleinbauernstellen »gemeinwirtschaftlich geführte« landwirtschaftliche Großbetriebe geschaffen werden, eine Absicht, der sie nach 1945 in den Westzonen selbst nicht gefolgt war.
- 54 Ebenda, S. 2.
- 55 Aktionsprogramm der SPD, Beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag am 28. September 1952. Mit einem Vorwort von Dr. Kurt Schumacher (Bonn 1952), S. 7.
- 56 Turmwächter S. 512; Albrecht, S. 957. Kollektivverträge wurden auf der obersten Ebene zwischen den Fachministerien und den entsprechenden Industriegewerkschaften als Rahmenverträge, auf der Betriebsebene zwischen Betriebsleitungen und betrieblichen Gewerkschaften als Betriebskollektivverträge (BKV) ausgehandelt und enthielten neben Produktionskennziffern auch soziale und kulturelle Anliegen im Interesse der Belegschaften.
- 57 Vgl. Protokoll Hamburg, S. 83, 161/162, 262, 264; Turmwächter, S. 377 (Rede in Gelsenkirchen am 24. Mai 1951).
- 58 Vgl. Rolf Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland, S. 364/365.
- 59 Vgl. Hans Mayer: Der Turm von Babel, S. 258. Auch Rolf Badstübner artikuliert »die ostdeutsche Entwicklung als die andere deutsche Möglichkeit«, im einzelnen S. 439 ff., zusammenfassend S. 550.
- 60 In der Diskussion in Bonn am 13./14. Oktober 1995 stellte Helga Grebing die Frage, warum »die gesellschaftsverändernde Dynamik der Sozialdemokratie ins Leere lief«; unter mehreren von ihr aufgezählten Antworten hieß eine: Es sei Schumacher und der SPD nicht gelungen, »ihre gesellschaftspolitische Alternative zur SBZ unverwechselbar deutlich zu machen (da nutzte auch nichts der die bürgerlichen Parteien anfangs übertreffende Antikommunismus)«. In: »Neubau«, S. 89.
- 61 Christoph Kleßmann, »Neubau«, S. 128.
- 62 Dieter Groh/Peter Brandt: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992, S. 247.
- 63 Hermann Klenner: Die Rechtskonzeption der SED, S. 154/155.
- 64 Peter Merseburger im SFB am 3. September 2002 anlässlich der Vorstellung seines Buches »Willy Brandt. Visionär und Realist«, Stuttgart 2002.
- 65 Björn Engholm: Das Vermächtnis Kurt Schumachers und die Zukunftsperspektiven der Sozialdemokratie, in: Kurt Schumacher. Sein politisches Vermächtnis und die Zukunftsperspektiven der Sozialdemokratie, Hrsg. von der FES, Bonn 1992, S. 9.
- 66 Sein »großes Werk« sei die bis Anfang der 70er Jahre »zuverlässig antikommunistische, somit auch antisowjetische SPD« gewesen (Hans-Peter Schwarz in: Nach-Denken, S. 40); indem er seine Partei langfristig auf den Antikommunismus festlegte, habe er »wesentlich die Bundesrepublik ermöglicht«, nämlich »den großen tragenden Konsens ihrer ersten Jahrzehnte« (Arnulf Baring, ebenda, S. 68); sein Kampf gegen »Kommunisten und »Einheits«apologeten... war... die Wegweisung für einen... antikommunistischen Konsens aller deutschen Demokraten« gewesen (Heinrich Potthoff, in: »Neubau«, S. 140).
- 67 Heinrich August Winkler in der Diskussion am 30. Oktober 1995, in: Nach-Denken, S. 83 (ders. ähnlich auch in der Diskussion am 28. Juni 2002).
- 68 Ders. ebenda, S. 73.
- 69 Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung (der Historiker der SPD und der SED am 12./13. März 1987 – U. Pl.), Reinbek bei Hamburg, Februar 1988, S. 17.
- 70 Hans Mayer: Der Turm von Babel, S. 258.